



Ausgabe Nr. 5  
Januar 2011



Redaktion:  
Arno Ulrichs &  
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**  
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswolde, arno.ulrichs@ewetel.net

**FREIE WÄHLER**

**Die FREIEN WÄHLER Niedersachsen wünschen Ihnen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2011!**

**Neujahrsempfang** der **FREIEN WÄHLER** Niedersachsen am

**Samstag, den 8. Januar 2011 im**

**Hotel Restaurant Öhlers**

**Nenndorfer Straße 64**

**30952 Ronnenberg / Empelde**

mit unserem

**Bundvorsitzenden Hubert Aiwanger**

## **Letzte Kommunalwahl vor der Gebietsreform!?**

Sind die Kommunalwahlen am 11. September 2011 die letzten Kommunalwahlen in den gegenwärtigen Kreis- und Gemeindezuschnitten in Niedersachsen? Diese Frage wird fast zur Gewissheit, wenn man sich das nach der Sommerpause vorgelegte „Hesse-Gutachten“ anschaut.

Mit der Vorlage dieses Gutachtens hat die Diskussion um eine Gebietsreform in Niedersachsen Fahrt aufgenommen. Während bis dahin von der Landesregierung der Grundsatz der Freiwilligkeit betont wurde – allenfalls stimuliert durch sogenannte „Hochzeitsprämien“ für fusionswillige Gemeinden –, so ließ das von der Landesregierung bestellte Gutachten keinen Zweifel daran, dass nach einer gewissen Anstandsfrist der Grundsatz der Freiwilligkeit zugunsten einer von oben verordneten Gebietsreform aufgegeben wird.

Im Gutachten wird dann konsequenterweise auch der damalige niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff aus seiner Regierungserklärung vom 28. April 2010 zitiert: „Es geht im Ergebnis mithin nicht um das ‚Ob‘ einer reformorientierten Überprüfung der niedersächsischen Kommunalstruktur, sondern um das ‚Wie‘.“ (S. 308)

Wulff-Nachfolger McAllister hält an dieser Linie fest: „Einigen Punkten darin habe ich ein Fragezeichen hinzugefügt. Da sind die Vorschläge nicht in Stein gemeißelt, aber im Großen und Ganzen gibt es schon eine ganz richtige Richtung vor“, erklärt McAllister am 27. Dezember 2010 in der Allgemeinen Zeitung (Uelzen). Der Handlungsbedarf sei an der Küste, im Harz und auch in Ostniedersachsen am größten.

Aber: „Ich werde mich hüten, im Detail Vorschläge zu machen“, stellte McAllister klar. Kein Wunder: Sorgen doch Gebietsreformen immer wieder für massive Widerstände vor Ort. Nicht nur, dass mancher Amtsinhaber um seinen Posten fürchtet – auch über Jahrzehnte festbetonierte Mehrheiten können dadurch ins Wanken geraten.

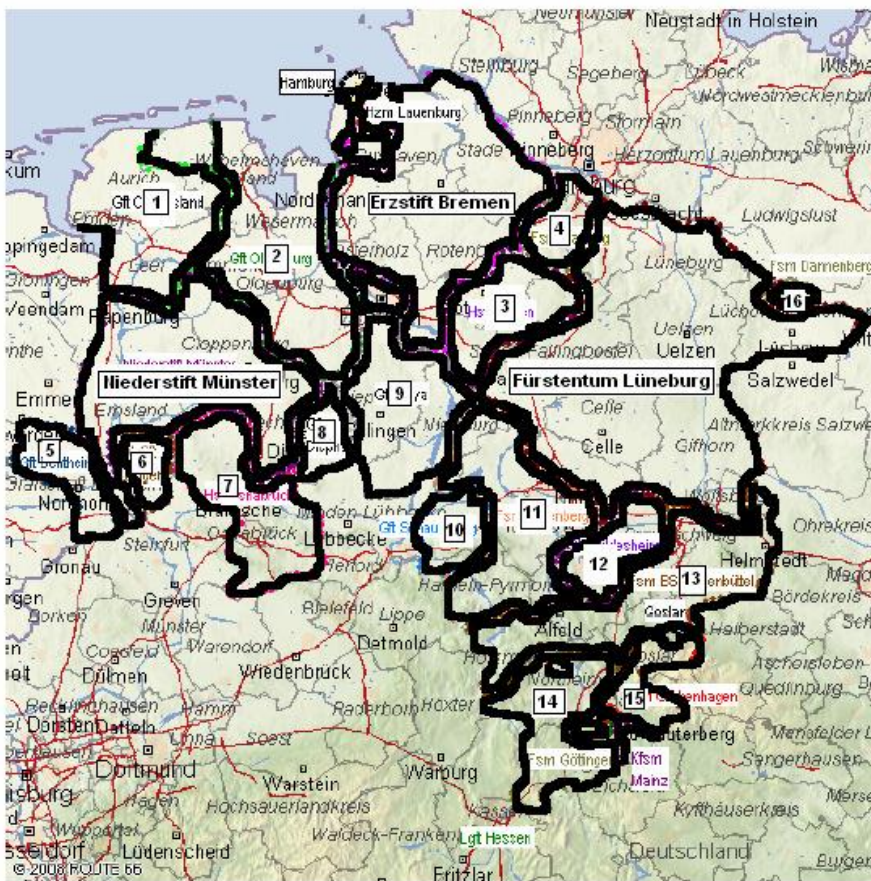
Fortsetzung Seite 2

Das Hesse-Gutachten stellt mittelfristig die Eigenständigkeit von Landkreisen wie Wittmund und Wesermarsch sowie der kreisfreien Städte Emden, Wilhelmshaven und Cuxhaven in Frage. Aber es sollte sich niemand der Illusion hingeben, dass eine Gebietsreform bei den Landkreisen stehen bleibt. Auch die Ebene der Gemeinden und Städte wird betroffen sein. Im Gutachten heißt es: „Fügt man dem schließlich hinzu, dass die gemeindliche Ebene des Landes beträchtlich zersplittert ist und eine Reihe von Gemeinden nicht überlebensfähig sein dürften, wird man auch hier zunächst freiwilligen und anschließend „gelenkten“ Fusionen nähertreten müssen“ (S. 318).

Der Zeitplan dürfte aufgrund der politischen Gemengelage klar sein. Vor der Kommunalwahl im September 2011 werden die Parteien das Vorhaben nicht forcieren. CDU und FDP werden auch versuchen, es aus dem Landtagswahlkampf – der nächste Landtag wird vermutlich im Januar 2013 gewählt werden – herauszuhalten. Aber wer auch immer die Landesregierung danach stellt: CDU, SPD und FDP werden dieses Thema dann sofort angehen.

Damit ist auch klar, dass die nächste Kommunalwahl tatsächlich die letzte mit den bisherigen Gebietszuschnitten sein wird. Jede Gemeinde, jede Stadt ist gut beraten, sich frühzeitig darauf einzustellen – und eine eigene Strategie zu entwickeln. Selber handeln, statt eine Gebietsreform übergestülpt zu bekommen – das muss die Leitlinie sein. Dabei geht es nicht allein um den finanziellen Aspekt: Die Gebietsreform muss vor allem so gestaltet werden, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht in Gefahr gerät. Dazu gehört in erster Linie, dass sich Bürgerinnen und Bürger weiter direkt in die Angelegenheiten ihrer Gemeinde oder Stadt einmischen können. Dass zu sichern, ist die wichtigste Aufgaben von Wählergemeinschaften vor Ort und den FREIEN WÄHLERN auf Landesebene.

Arno Ulrichs



## Regionaltypen Niedersachsen

Herrschaftsräume  
16. Jahrhundert:  
Regionalländer  
der Renaissance

Quelle: Kaemling, W.,  
Atlas zur Geschichte Niedersachsens,  
Karte Niedersachsen 1580,  
Braunschweig 1995

Legende: (1) Grafschaft Ostfriesland, (2) Grafschaft Oldenburg, (3) Hochstift Verden, (4) Fürstentum Harburg, (5) Grafschaft Bentheim, (6) Niedergrafschaft Lingen, (7) Hochstift Osnabrück, (8) Grafschaft Diepholz, (9) Grafschaft Hoya, (10) Grafschaft Schaumburg, (11) Fürstentum Calenberg, (12) Stift Hildesheim, (13) Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel, (14) Fürstentum Göttingen, (15) Fürstentum Grubenhagen, (16) Fürstentum Dannenberg; weitere Klein- und Kleinstfürstentümer bzw. Freie Reichsstädte nicht gesondert gekennzeichnet, Quelle: Cassing, G.: Regionalisierung in Niedersachsen. Konzept zur Reform der Kreisebene, 2008, 27.

Auf Seite 194 befasst sich das Gutachten auch mit den Herrschaftsregionen aus der Renaissance.

## Interkommunale Zusammenarbeit im Landkreis Lüneburg

### „Vertiefungsgutachten“ durch Prof. Dr. Hesse

Im Auftrag des Innenministeriums des Landes Niedersachsen wurde ein Gutachten über „Kommunalstrukturen in Niedersachsen“ durch den Politikwissenschaftler Prof. Dr. h.c. Jens Hesse erstellt und im Sommer 2010 öffentlich bekannt gegeben. Darin kommt man zu dem Ergebnis, dass 19 von 37 Kreisen in Niedersachsen stabilisierungsbedürftig (allein nicht überlebensfähig) sind. Der Landkreis Lüneburg zählt nicht zu diesen Regionen, aber bei den Nachbarkreisen Lüchow Dannenberg und Uelzen sollte die Zukunftsfrage geklärt werden. Bei den Varianten, die Prof. Hesse vorgeschlagen hat, steht eine kreisfreie oder stärkere Stadt Lüneburg im Mittelpunkt. Diese Grundlage hat zu Diskussionen in den Räten geführt.

Der Kreistag Lüneburg hat am 20.12.2010 beschlossen, dass ein Vertiefungsgutachten für ca. 60.000 € bei Hesse in Auftrag gegeben wird mit dem Arbeitstitel „Teilregion Nordost-Niedersachsen: Entwicklungsoptionen und Handlungsansätze“. Darin sollen als mögliche Maßnahmen die Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit ebenso wie Fusionsoptionen vorgestellt werden. Ergänzend zu dem vorliegenden Gutachten soll geprüft werden, welche zusätzlichen Varianten sich ergeben, wenn andere Kreise einbezogen werden, welche Aufgaben auf welcher kommunalen Ebene wahrgenommen werden sollten und welche Folgerungen sich für die gemeindliche Struktur im Landkreis aufzeigen lassen.

(Lt. Pressemitteilungen Lüneburger Landeszeitung im Dezember 2010)

In den letzten Monaten wurden ergebnisoffene Diskussionen im Landkreis Lüneburg angeschoben über Kooperationsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Samtgemeinden – z.B. Amelinghausen, Gellersen und Ilmenau. Unter dem Schlagwort „Interkommunale Zusammenarbeit“ werden Möglichkeiten analysiert. Inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen verschoben durch das beauftragte Vertiefungsgutachten. Es wird ein neues Meinungsbild bis Ende März 2011 gefordert, ob z.B. eine mögliche Fusion „der richtige Weg sein könnte.“

Eine „Großstadt Lüneburg“ nach Vorstellungen des vorliegenden Hesse Gutachtens mit Eingemeindung von z.B. Adendorf oder möglichen Samtgemeinden findet in den Räten zurzeit keinen Zuspruch. Teilweise hat man sogar Befürchtungen, dass die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) dazu eine Vorstufe sein könnte. Das Misstrauen ist überall groß und man möchte keine endgültigen Aussagen treffen vor der Kommunalwahl 2011.

Im Osten des Landkreises Lüneburg haben Anfang 2010 die Stadt Bleckede, Dahlenburg und Amt Neuhaus Fusionspläne geschmiedet, die durch eine Bürgerbefragung in Bleckede überraschend gestoppt wurde.

Einheitsgemeinde ist in vielen Gemeinden kein Thema. In der SG Gellersen hatte es lt. Presseberichten bereits Untersuchungen gegeben zwecks Umwandlung in eine Einheitsgemeinde. Es hätte zu einem Einsparpotential von ca. 120.000 € kommen können, aber die Bedenken sind groß, weil „sich die Bürger verlässliche Ansprechpartner vor Ort wünschen und man Befürchtungen hat, dass sich dann noch weniger Menschen bereit erklären, ehrenamtlich in der Ratsarbeit verantwortlich und langfristig zu engagieren“ (lt. Pressemitteilungen Lüneburger Landeszeitung im Dezember 2010).

Die FDP Gellersen hat den Antrag „Einheitsgemeinde verhindern“ bei der Landespartei in Hannover durchgebracht.

In der Samtgemeinde Scharnebeck wird sich auch keine Mehrheit finden zur Einheitsgemeinde. In der Arbeitsgruppe hat man beschlossen, dass die Zusammenarbeit mit der Einheitsgemeinde Adendorf geprüft werden soll. Man möchte herausfinden, welche Vorteile/Einsparungen es hätte, wenn man z.B. das Bauamt zusammenlegen würde. Eine Fusion wird zurzeit nicht angestrebt. Es ist beabsichtigt, dass man erst das neue Vertiefungsgutachten abwarten wird.

Der Abschlussbericht sollte ca. Ende September 2011 vorliegen. Im September 2011 finden auch die nächsten Kommunalwahlen statt. Es wird eine Aufgabe der neuen Gemeinderäte, Samtgemeinderäte und Kreistagsmitglieder sein, eine Entscheidung über Interkommunale Zusammenarbeit / Fusion von Gemeinden im Landkreis Lüneburg zu treffen.

### Sonja Jackmann

Mitglied im Samtgemeinderat Scharnebeck

FW – GUBS (Freie Wähler – Gemeinschaft Unabhängiger Bürger SG Scharnebeck)



# Bollwerk mit 30 000 Bürgern

Stefan Bohlmann

*In aller Ruhe und ohne große Aufregung werden im Süden Lüneburgs die Weichen für die Zukunft gestellt.*

*Ob es eine Fusion wird, ist noch offen. Es scheint aber festzustehen, dass die Samtgemeinden Gellersen, Amelinghausen und Ilmenau eine starke Gemeinschaft bilden wollen - wie auch immer das Konstrukt später einmal heißen wird.*

*Die drei Samtgemeinden rammen Pflöcke in den Boden für ein Bollwerk, das sie vor möglichen abenteuerlichen Ideen aus Hannover beschützen soll und auch wird. Sie schaffen Fakten, bevor es andere tun. Wichtig und auch richtig ist, dass das Trio das Heft des Handelns selber in den Händen hält. Der Weg zu einer möglichen Fusion muss weiter konsequent beschritten werden. Noch ist Zeit dafür, eine freiwillige und nicht von "oben" diktierte Lösung zu finden.*

*Denn eines steht fest: Niedersachsen wird in der nächsten Legislaturperiode des Landtages eine Gebiets- und Verwaltungsreform bekommen. Das Hesse-Gutachten mit Vorschlägen für eine Strukturreform liegt längst auf dem Tisch.*

*Ein Fressen der Kleinen gegen deren Willen durch die Großen deutet sich schon jetzt an. Nicht umsonst sind die A-dendorfer auf den Barrikaden gegen eine mögliche Eingemeindung nach Lüneburg, dessen Oberbürgermeister als Ziel eine kreisfreie Stadt mit mindestens 100 000 Einwohnern vor Augen hat.*

*Deshalb ist es klug, dass sich die Kleinen größer machen, wenn sie nicht einverleibt werden wollen. Eine Fusion der Samtgemeinden Gellersen, Amelinghausen und Ilmenau würde eine starke Gemeinschaft mit 30 000 Einwohnern hervorbringen.*

**Hamburger Abendblatt vom 7. Dezember 2010**

# Das Land darf nicht nur an Metropolen denken!

## Städte- und Gemeindebund fordert Stärkung des Ländlichen Raums

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund sieht in der aktuellen Diskussion um die Stärkung des Ländlichen Raums durch die Verlegung des Betriebssitzes der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH (HanBG) eine gute Chance für eine ausgewogene Strukturpolitik in Niedersachsen. "Wenn es darum geht, Standorte für staatliche Behörden oder Unternehmen zu finden, dann war in der Vergangenheit immer die Stärkung der großen Städte die erste Wahl seitens des Landes, wie zum Beispiel bei der Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank), der Bildung des Landesamtes für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung (GLL) oder bei der Neustrukturierung der Landesschulbehörde. Wenn nun das Land endlich einmal eine Verlagerung eines Landesunternehmens in den Ländlichen Raum vornimmt, ist dies - auch im Sinne einer Chancengleichheit zwischen Großstädten und Ländlichem Raum - ausdrücklich zu begrüßen", erklärte der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Rainer Timmermann.

Der Verband der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden weist darauf hin, dass im Jahr 1981 die Ministerkonferenz für Raumordnung die große strukturpolitische Gerechtigkeitslücke bei Standortentscheidungen erkannt hat. Damals wurde beschlossen, dass Bund und Länder sich bemühen wollen, bei Standortentscheidungen Behörden in strukturschwache Gebiete zu verlegen um regionalpolitische Ausgleichseffekte zu erzielen.

"Leider sind dennoch in der Vergangenheit fast nur die Großstädte gestärkt worden. Dieses sollte in der aktuellen Diskussion berücksichtigt werden", so Timmermann. (Pressemitteilung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes vom 25. November 2010).

## „Gemeinden auf Augenhöhe einbeziehen“

... Obwohl die „Hesse-Untersuchung“ sich im wesentlichen mit möglichen Zukunftsstrukturen der Kreisebenen beschäftigt, muss die gemeindliche Ebene von Anfang an vom Land Niedersachsen und den Landkreisen in den Diskussions-, Prüfungs- und Planungsprozess einbezogen werden – und zwar „auf gleicher Augenhöhe“, so ein Punkt aus der einstimmig verabschiedeten Stellungnahme, die nun dem Innenminister und den Landräten zugeleitet wird.

Und die Bürgermeister fordern weiter, dass sie in sämtliche Gespräche und Verhandlungen verbindlich eingebunden werden, die auf Landes- und Landkreisebenen laufen. Einigkeit bestand darüber hinaus, dass die Zusammenlegung von Landkreisen noch keine Erfolgslösung sein wird. Größe allein ist nicht alles, vielmehr sind für die Beurteilung der Zukunftsfähigkeit von Räumen und Regionen deren Struktur und hier insbesondere deren Finanzstruktur entscheidend. ...

(aus einer Pressemitteilung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes vom 28. September 2010).

## Linktipp für die kommunale Praxis

Wir freuen uns immer wieder, wenn uns nützliche Informationen und Berichte übersandt werden, die wir gerne im PUNKT publizieren. Die FREIEN WÄHLER in Hessen weisen auf den "Deutschen Kommunal-Informationsdienst" hin, der vielfältige Informationen für die kommunale Praxis bereithält (inklusive Rechtsprechung und Ideensammlungen). Dieser Newsletter kann kostenlos unter [www.kommunaleinformation.de](http://www.kommunaleinformation.de) abonniert werden.

## Kommunen steuern auf Rekorddefizit zu – Vertrauen der Bürger in die lokale Demokratie stärken

Die deutschen Städte und Gemeinden befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Einnahmen und Ausgaben klappt ein Haushaltsloch von -11 Milliarden Euro. „Der wirtschaftliche Aufschwung kommt in den Kassen der Kommunen nicht an“, sagte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Bürgermeister Roland Schäfer auf der Bilanzpressekonferenz des DStGB am 28. Dezember 2010 in Berlin. Von Entwarnung für die kommunalen Haushalte könne keine Rede sein. Die Krise der Kommunalfinanzen halte unvermindert an.

„Allein die Sozialausgaben belasten die kommunalen Haushalte in diesem Jahr mit über 41 Milliarden Euro“, stellte Schäfer fest. Vor zehn Jahren waren es noch 26 Milliarden Euro. Diese Entwicklung drängt die Kommunen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. „Die Gemeindefinanzkommission muss zügig ein Entlastungskonzept vorlegen“, forderte Schäfer. Die vom Bundesfinanzminister geäußerte Bereitschaft des Bundes, die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von gegenwärtig 3,9 Milliarden Euro pro Jahr vollständig zu übernehmen, sei ein positives Signal. „Die Entlastungswirkung muss aber bereits 2011 einsetzen“, betonte Schäfer und wies zugleich darauf hin, dass dies nicht ausreiche. Der Bund müsse sich auch an den Kosten der Unterkunft und den Aufwendungen für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, die zusammen über 20 Milliarden Euro pro Jahr betragen, stärker beteiligen.

Zufriedenstellend entwickelt sich auf der Einnahmeseite die Gewerbesteuer. Nach einem Einbruch um gut -20 Prozent im Jahr 2009 erwartet der DStGB bereits in 2010 wieder einen leichten Zuwachs bei den Gewerbesteuereinnahmen. Das zeige, dass diese wachstumsdynamische Steuer nicht abgeschafft, sondern durch Einbeziehung der freien Berufe gestärkt werden müsse. Schäfer warnte zudem vor einer Schwächung der Gewerbesteuer: „Eine Abschaffung von Hinzurechnungen wird auf nachhaltigen Widerstand der Städte und Gemeinden stoßen.“ Die Zusage des Bundesfinanzministers, dass die Gewerbesteuer erhalten und nicht geschwächt wird, müsse weiter gelten.

Aufgrund der dramatischen Finanzlage der Städte und Gemeinden ist das Vertrauen der Bürger in die lokale Demokratie in großer Gefahr. „Die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der örtlichen Demokratie steht auf dem Spiel“, stellte Schäfer fest. Nach einer im Auftrag des DStGB durchgeführten Forsa-Umfrage ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in die kommunale Politikebene deutlich größer als das Vertrauen zur Bundes- bzw. Landesregierung. Dieses Vertrauen dürfe aber nicht länger aufs Spiel gesetzt werden. Dazu gelte es die Kommunen ihren Aufgaben angemessen finanziell auszustatten.

„Wir erwarten, dass durch die Regierungsparteien jetzt endlich ein Ruck geht, die Kommunen schnell und nachhaltig zu entlasten“, sagte Schäfer abschließend.



**Roland Schäfer,  
Präsident des DStGB**



# Vernunft in die Rathäuser!



## Ein Kommentar von Paul Brussa



**Paul Brussa, Beisitzer**  
Kreisverband:  
FW Salzgitter i. G.

Nach meiner Überzeugung brauchen wir zuerst eine Wahlrechts- und Finanzreform. Seit Jahren haben wir laut Bundesverfassungsgericht ein verfassungswidriges Wahlsystem, das die etablierten Parteien nicht geändert haben, weil sie Büros, Geld und Mandate verlieren.

Die ca. 1,5 Millionen Parteimitglieder (Funktionäre und Ideologen) haben die Macht an sich gerissen und die 80 Millionen Parteilosen entmündigt. Gute Tugenden wie Glaubwürdigkeit, Gerechtigkeit, Sparsamkeit, Bürgernähe, Vertrauen, Ehrlichkeit sind den Parteipolitikern verloren gegangen.

Im Landes-, Bundes- und Europaparlament werden Gesetze beschlossen zu Lasten der Kommunen. Wer die Gesetze macht, muss sie auch bezahlen.

Bürger aller Bevölkerungsschichten müssten die Chance haben, in allen Parlamenten zu kandidieren.

Im Bundestag sitzen von den ca. 620 Abgeordneten 75% Beamte. Gemessen an der Gesamtbevölkerung beträgt der Beamtenanteil nur 2,2%. Da lässt sich nichts mehr verändern. Nicht der Bürger, sondern die Politik muss sich ändern.

Die Bürger arbeiten um zu leben und nicht um für Verschwendung, Größenwahn und Staatsverschuldung aufzukommen. Die Staatsverschuldung betrug am 01.12.2010 ca. 1.709 Milliarden Euro.

Pro Sekunde wachsen die Schulden um ca. 2589 €. Wenn Deutschland ab sofort keine Schulden mehr machen würde und jeden Monat eine Milliarde zurückzahlen würde, benötigte man dazu 139 Jahre. Wer von Schuldenabbau spricht, betreibt Volksverdummung.

Es muss Schluss sein mit Verschwendung, Verschuldung, Größenwahn, Vetternwirtschaft, Steuern- und Gebührenerhöhungen. Ein weiteres Thema könnten die Landesbanken, die dreistellige Milliardenbeträge in den Sand gesetzt haben und in deren Aufsichtsräten alle führenden Politiker wie z.B. Glos, Steinbrück, Lafontaine, Gabriel und viele mehr sitzen, sein.

Die Daten stammen vom Bund der Steuerzahler, dem Spiegel, dem Focus und der Welt. Wenn wir dieses der Öffentlichkeit nahebringen, und dass wir parteilos und unabhängig sind, haben die FREIEN WÄHLER gute Chancen, genug Kandidaten zu finden, die dann auch gewählt werden.

**Am 11. September 2011 ist Kommunalwahl in Niedersachsen. Nutzen wir unsere Chancen!**

## **FREIE WÄHLER bieten kostengünstigen Internetauftritt für Wählergemeinschaften an**

In der heutigen Zeit ist eine politische Arbeit ohne eigenen Auftritt im Internet kaum denkbar. Gerade für den Kommunalwahlkampf 2011 wird dieses Instrument unverzichtbar sein. Die FREIEN WÄHLER Niedersachsen haben deshalb beschlossen, den dem Landesverband angeschlossenen Wählergemeinschaften eine eigene Homepage kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Ziel ist, den Internetauftritt mit einem einfach zu handhabenden gleichen Grundlayout zu versehen. Der individuelle Inhalt der Seiten ist dann Sache der Wählergemeinschaften.

Der Wunsch nach Bereitstellung eines „einheitlichen Auftritts“ wurde von mehreren neu gegründeten Wählergemeinschaften an den Vorstand herangetragen. Erste Nutznießer werden die FREIEN WÄHLER Oldenburg (FW-BFO) sein. Für die Wählergemeinschaft ist bereits eine Seite im Grundgerüst fertiggestellt und wird z.Z. mit Inhalten aufgebaut. Natürlich stellt sich auch die Frage der Kosten. Wir werden die Internetpräsenz für die Wählergemeinschaft so kostengünstig wie möglich gestalten.

### **Erste überschlägige Schätzung:**

Bereitstellung des Webspace und Hosting sind für die WG kostenfrei  
Bereitstellung einer Domain ca. 10 – 15,- EURO/Jahr  
Umleitung einer vorhandenen Domain auf unseren Server kostenfrei  
Einrichtungspauschale ca. 25,- EURO einmalig  
Email-Support kostenfrei  
Ersteinweisung in Form eines Workshops kostenfrei

Die preisliche Ausgestaltung ist auch abhängig von der Anzahl der sich beteiligenden Wählergemeinschaften und abhängig von einem Vorstandsbeschluss. Interessierte Wählergemeinschaften melden sich bitte schnellstmöglich bei Arnold Hansen: 0 42 22 - 61 77, [arnoldhansen@fw-niedersachsen.de](mailto:arnoldhansen@fw-niedersachsen.de).

**In einem der nächsten Ausgaben werden wir näher darüber berichten.**



# Gegen Filz und Korruption!



Grußwort des Bundesvorsitzenden Hubert Aiwanger auf <http://www.freie-waehler-deutschland.de>

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es freut mich, dass Sie sich für die FREIEN WÄHLER interessieren! Unser Ziel ist es, Politik „für den kleinen Mann“ zu machen. Es geht uns nicht darum, einseitig Lobbyisten zu bedienen oder Klientelpolitik zu betreiben. Deshalb lehnen wir Konzernspenden an die Politik ab, weil dadurch die Unabhängigkeit verlorenght und die Gefahr besteht, dass der handelnde Politiker nur noch Sprachrohr für seinen Sponsor ist. Gute Politik ist vorausschauend und denkt in Zusammenhängen. Familienfreundlichkeit ist Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Hier besteht in Deutschland noch großer Nachholbedarf. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen weitgehend kostenfrei sein, Ganztagsangebote an Schulen müssen ausgebaut werden, damit Familie und Beruf besser vereinbart werden kann als dies momentan der Fall ist. Ländliche Räume und Ballungszentren müssen gleichermaßen weiterentwickelt werden, derzeit werden durch falsche politische Rahmenbedingungen die ländlichen Räume zunehmend abgehängt und verlieren Bevölkerung. Das muss gestoppt werden! Mittelstand, Landwirtschaft und Selbständige werden von der jetzigen Politik zu stark belastet, während Großkonzerne, z.B. die Energieriesen oder marktbeherrschende Strukturen im Handel, die soziale Marktwirtschaft an die Wand spielen. Arbeiterschaft und Normalverdiener werden für explodierende Energiepreise, Sozialabgaben und Gesundheitskosten immer stärker zur Kasse gebeten – die Politik im Bund schaut tatenlos zu oder befördert sogar noch so manches ungerechte System. Erneuerbare Energien anstatt Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ist das Gebot der Stunde. Grüne Gentechnik in Nahrungsmitteln ist unnötig – also Schluss damit!

Es würde mich freuen, wenn Sie uns dabei unterstützen, „Politik mit gesundem Menschenverstand“ zu machen. **Nichts ist unverrückbar - packen wir es an!**

Ihr Hubert Aiwanger  
FREIE WÄHLER-Bundesvorsitzender

## Punkten Sie mit!

Helfen Sie uns, den **PUNKT** noch interessanter zu machen. Senden Sie uns Ihre Wünsche, Ideen und Beiträge ganz einfach zu. **Punkten Sie mit!** Ihre Mails, Fotos und Beiträge ganz einfach an:



[udo.grubert@fw-whv.de](mailto:udo.grubert@fw-whv.de)